

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verpflichtung eines neuen Ratsmitgliedes nach § 30 Abs. 2 GemO -
Elke Sommermeyer**

Das neue Ratsmitglied Elke Sommermeyer, die für Herrn Alexander Bechmann (SWG) in den Stadtrat nachfolgt, wird vom Vorsitzenden entsprechend § 30 GemO mit Handschlag verpflichtet. Er weist auf die Einhaltung der Grundsätze der Mandatsführung, die Pflicht zur Verschwiegenheit (§ 20 GemO), die besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde (§ 21 GemO) und die Ausschließungsgründe bei Entscheidungen (§ 22 GemO) hin.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

**Gegenstand: 1. Nachtragshaushaltsatzungen 2010 mit den
Nachtragshaushaltsplänen der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und
der Waisenhausstiftung
Vorlage: 0265/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt- und Stiftungsausschuss. Dort wurde der Entwurf des Nachtragshaushaltes bei 2 Enthaltungen einstimmig zur Annahme empfohlen.

Herr Schütt hat noch eine Nachfrage zu Seite 4 und der Erhöhung von Verpflichtungsermächtigungen. Hierbei handelt es sich nach Auskunft der Verwaltung um Mittel für den Ausbau der Kämmererstraße

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, bei 6 Enthaltungen (Bündnis 90/Die Grünen, REP), die jeweils 1. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung mit den Nachtragsplänen.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

**Gegenstand: Verbindungs(fuß)wege Otterstadter Weg - Espen-/Erlenweg;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 07.06.2010
Vorlage: 0285/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Feiniler. Nach Feststellung der SPD-Fraktion sind die bestehenden Wege relativ steil und daher für Personen mit Kinderwägen, Senioren und Menschen, die auf Rollatoren angewiesen sind, schwer zu nutzen. Aus diesem Grund bittet die Fraktion um Prüfung, ob eine Niveaueinpassung möglich ist.

Frau Keller-Mehlem verweist darauf, dass der CDU-Ortsverein bereits 2008 bei einer Begehung auf dieses Problem aufmerksam gemacht hat. Dem schloss sich ein Ortstermin durch die Vertreter der Straßenverkehrsbehörde an. Nach damaliger Aussage der Verwaltung ist eine Anpassung aus technischen Gründen nicht in dem gewünschten Ausmaß möglich. Sie schlägt eine vertiefende Beratung und evtl. eine nochmalige Ortsbegehung durch den Ausschuss für Umwelt und Verkehr vor.

Beschluss:

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion wird einstimmig in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur abschließenden Beratung verwiesen.

**Gegenstand: Einführung einer Kulturförderabgabe auf Übernachtungen in Speyer;
Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2010
Vorlage: 0286/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende verweist auf die bereits stattgefundene kurze Vorberatung im Fremdenverkehrsausschuss.

In der mündlichen Begründung führt Herr Schütt aus, dass im Zuge der Diskussion um die Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelbetriebe auch über deren Beteiligung an den Ausgaben der Stadt für das kulturelle Angebot nachgedacht werden muss. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet zunächst um Prüfung, ob eine solche Steuer rechtlich überhaupt möglich ist, bevor man über die Einführung entscheidet.

Herr Dr. Jung verweist auf das Beispiel Weimar, wo ein solches Konzept bereits seit einigen Jahren Anwendung findet und dort in der Stadt durchaus Zustimmung findet. Er hält eine Beteiligung des Arbeitskreises Tourismus für unerlässlich.

Herr Preuß äußert gewisse Bedenken gegen den Antrag. Die betroffenen Hotelbetriebe sollten nach Ansicht der SWG-Fraktion an der Entscheidungsfindung unbedingt von Anfang an beteiligt werden.

Herr Deutsch erinnert daran, dass die Herabsetzung der Mehrwertsteuer durch die derzeitige Regierung eine Anpassung an die Gegebenheiten in der Europäischen Gemeinschaft war und der europäischen Harmonisierung diene. Man muss bei der Entscheidungsfindung auch die Hotelsituation in Speyer berücksichtigen. Ein Speyerer Alleingang wäre kontraproduktiv. Deshalb müssen auch die Umlandgemeinden einbezogen werden. Daneben ist auch an Einrichtungen wie Campingplätze o.ä. zu denken.

Der Vorsitzende unterstreicht, dass zu Recht auf die Metropolregion hingewiesen wurde, in deren Rahmen eine solche Maßnahme abgestimmt werden muss. Er fasst folgendes Beratungsergebnis zusammen:

1. Durchführung einer umfassenden rechtlichen Prüfung
2. Einbeziehung der Fachausschüsse und der Betroffenen
3. Berücksichtigung des Umlandes

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Verwaltung mit der Prüfung der von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten Kulturförderabgabe zu beauftragen. Die in der Sitzung vorgetragenen Zusatzaspekte sind dabei zu berücksichtigen.

Über das Ergebnis ist zunächst im Fremdenverkehrsausschuss zu berichten.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Aufbau von Bürgerbüros in Speyer-West und Speyer-Nord;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2010
Vorlage: 0287/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt durch Herrn Heck, Leiter der EDV-Abteilung.

Er verweist auf den Landesrahmenvertrag, über den die Stadtverwaltung Speyer ihre Computer-Technik bezieht. In diesem Vertrag ist eine strenge Vertraulichkeit der Preise vereinbart. Er bittet daher um Verständnis, dass in der Öffentlichkeit keine Angaben zu einzelnen Serverpositionen gemacht werden können.

Er gibt einen kurzen Aufriss über die notwendige Technik, die auch aus datenschutzrechtlichen Vorgaben angeschafft werden muss. Es wird ein sehr hoher Verschlüsselungsstandard für den neuen E-Personalausweis erforderlich. Unter Zusammenrechnung aller technischen Komponenten und Sicherheitseinrichtungen, die für den Echtzeitbetrieb eines Bürgerbüros erforderlich sind, belaufen sich die EDV-Kosten auf insgesamt rund 33.000 € pro Einheit. Der Preis für einen so genannten "Bürgerkoffer" wird auf rund 4.500 € beziffert.

Problematisch sind vor allem auch die zur Verfügung stehenden DSL-Bandbreiten in Speyer, insbesondere im Upload-Bereich, da die Bürgerbüros sehr viele Daten senden. In SP-Nord und -West stehen die notwendigen DSL-Verbindungen nicht im benötigten Rahmen (2 MBit) zur Verfügung.

Er bietet den Ratsmitgliedern an, nach der öffentlichen Sitzung einen Einblick in die technischen Unterlagen und das Rahmenvertragswerk zu geben, sofern dies gewünscht wird.

**Gegenstand: Einführung eines Bürgerbusses;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 06.06.2010
Vorlage: 0284/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Dr.-Ing. Lorenz. Auf die Idee gebracht wurde er bei einer Tagung in der Schweiz, wo ein solches Konzept bereits realisiert ist. Auch in NRW sind solche Kleinbusangebote in ländlichen Gebieten bereits im Einsatz.

Bürgerbusse basieren ausschließlich auf Ehrenamtlichkeit und sind als Ergänzung zum bestehenden ÖPNV zu verstehen. Er möchte den Antrag als Anregung verstanden wissen, nicht als unmittelbare Forderung zur Einführung.

Gerade für ältere Personen ermöglicht ein solches Angebot, z.B. Kulturveranstaltungen im innerstädtischen Gebiet zu besuchen oder Einkäufe im Zentrum zu tätigen. Man sollte bei der Konzeption auch über die Stadtgrenzen hinaus denken, z.B. Richtung Dudenhofen oder Römerberg.

Herr Dr. Wilke äußert, der habe zunächst gestutzt weil das Konzept Bürgerbusse eigentlich eine Maßnahme des ländlichen Raumes darstellt. Bei näherem Nachdenken erscheint die Idee aber durchaus sinnvoll. In Speyer ist zwar ein gutes Busnetz bereits realisiert, aber auf Antrag der CDU ist derzeit eine Überarbeitung auf dem Weg. In diesem Zusammenhang wäre der Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen ideal einzubinden.

Herr Feiniler unterstützt den Antrag für die SPD-Fraktion und weist darauf hin, dass es so etwas in Speyer schon gibt. Die GBS bietet in SP-West einen solchen Shuttlebus-Service für ihre Mieter bereits an.

Beschluss:

Der Stadtrat verweist den Vorgang einstimmig in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur abschließenden Beratung. Die Gemeinnützige Baugenossenschaft (GBS) soll zu der Sitzung eingeladen werden, um über ihre Erfahrungen zu berichten.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 7

**Gegenstand: Einrichtung eines "Verschenkenmarktes" für Speyer im Internet;
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 15.06.2010
Vorlage: 0295/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung des Antrages erfolgt durch Herrn Preuß. Er verweist auf das Beispiel Mannheim. Die Kosten von 100 € monatlich könnten durch die EBS getragen werden.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betrachtet laut Herrn Jaberg den Antrag im Prinzip als unterstützungswürdig. Aus der Beratung in der Fraktion erwuchs jedoch die Überlegung, ob man eine solche Einrichtung ehrenamtlich nicht kostenfrei realisieren könnte, z.B. über den EDV-Kreis des Seniorenbüros.

Herr Preuß hat nichts gegen eine kostengünstigere Alternative, verweist aber auf das bestehende Know-How des Anbieters, der eine funktionierende Komplettlösung bietet. Auch der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass die Prüfung, welche Lösung die pragmatischste ist, durch die Verwaltung erfolgen kann.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, über die Internetseite der Stadt Speyer einen so genannten "Verschenkenmarkt" einzurichten.

**Gegenstand: Verkehrsführung Gilgenstraße und Postplatz, LKW-Durchfahrtsverbot;
Antrag der SWG-Stadtratsfraktion vom 15.06.2010
Vorlage: 0296/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Preuß verweist in seinen mündlichen Ausführungen auf die umfangreiche Begründung der SWG-Stadtratsfraktion in der Vorlage. Schwerpunkt ist ein Modellversuch, um unnötigen Verkehr aus der Innenstadt herauszuziehen. In welchem Streckenabschnitt dies erfolgt, soll von den Fachleuten festgelegt werden. Der Postplatz muss bei Realisierung der Postgalerie in dieses Konzept eingebunden werden.

Die Anwohner der Gilgenstraße sind mit der derzeitigen Situation sehr zufrieden. Es sind auch bei den Geschäften keine Einbußen zu beobachten.

Herr Czerny bezeichnet für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Antrag als gut, weil er an den Versuch vor 13 Jahren anschließt, der nach seiner Ansicht zu früh abgebrochen wurde. Die westliche Innenstadt wird dadurch stärker eingebunden. Die freiwerdende Spur sollte für Busse und Radfahrer genutzt werden.

Herr Dr. Jung weist darauf hin, dass es sich bei dem Straßenzug um eine Landesstraße handelt, so dass mit dem Land geklärt werden muss, was möglich ist und was nicht. Die Sperrung durch die Bauarbeiten bis spät in den Herbst ist nach Ansicht der CDU-Fraktion bereits der ideale Fall für einen Verkehrsversuch mit Verkehrszählungen. Man sollte sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr vertiefend mit dieser Thematik befassen.

Auch der Vorsitzende betrachtet es als unerlässlich, die Zustimmung des Landes (Polizei, Straßenbaulastträger, Obere Straßenverkehrsbehörde) einzuholen. Ein Gespräch mit diesem Kreis findet aber ohnehin in Kürze statt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, den Antrag der SWG-Fraktion in den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zur abschließenden Beratung zu verweisen.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 9

**Gegenstand: Einführung einer einheitlichen Behördennummer D 115;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 16.06.2010
Vorlage: 0300/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Dr. Wilke begründet den Antrag nochmals mündlich. Er bezeichnet das bundesweite Projekt D 115 als wichtigen Aspekt für die Realisierung einer bürgernahen Kommunikation und bittet um ein Votum des Rates zur Unterstützung dieses ehrgeizigen Vorhabens.

Frau Münch-Weinmann verweist darauf, dass die Bürgerinnen und Bürger mit Menschen telefonieren wollen, wenn sie den Kontakt mit Behörden suchen und nicht mit Anrufbeantwortern oder Warteschleifen. Darauf muss unbedingt geachtet werden. Dies ist nach Auffassung von Herrn Dr. Wilke genau das Anliegen des Projekts D 115.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Stadtverwaltung Speyer bereits am 24.03.2010 eine Unterstützungs- und Absichtserklärung über einen Beitritt zum MRN-Modellprojekt für ein kooperatives E-Government unterzeichnet hat.

Das Thema D 115 ist wesentlicher Bestandteil eines Strategiepapiers der MRN, das der Verbandsversammlung in Kürze zur Entscheidung vorgelegt wird, und ein Schwerpunktprojekt des Arbeitskreises E-Government, in dem auch die Stadt Speyer vertreten ist.

Beschluss

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung einstimmig, gemeinsam mit Partnern in der Metropolregion Rhein-Neckar ein Konzept zur Umsetzung der Behördennummer 115 zu erarbeiten und vorzulegen.

**Gegenstand: Geplante Gesetzesänderung in Bezug auf die ARGEn;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.06.2010
Vorlage: 0301/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Bürgermeisterin Kabs beantwortet die Anfrage wie folgt:

1. Hat die Stadt Speyer bereits Entscheidungen getroffen, in welcher Form die ARGEn fortgeführt werden sollen?

Die Stadt Speyer hat gemeinsam mit den Städten Ludwigshafen und Frankenthal sowie dem Rhein-Pfalz-Kreis eine Zielsetzung. Eine Entscheidung kann erst nach der Entscheidung des Bundesrates im Juli 2010 getroffen werden.

2. Gibt es Überlegungen, die ARGEn als Optionsmodell fortzuführen?

Nach der Information der Landesregierung können in Rheinland-Pfalz zwei weitere Kommunen die Option wählen. Die Städte Frankenthal, Ludwigshafen, Speyer und der Rhein-Pfalz-Kreis planen dies nicht.

3. Wird die Stadt an der Zusammenarbeit mit den anderen Kooperationspartnern in der GfA festhalten?

Das Ziel unserer vier Kommunen und der Bundesagentur für Arbeit ist es, die Zusammenarbeit in der Gesellschaft für Arbeitsmarktintegration in der Form des zukünftigen Jobcenters gemeinsam fortzusetzen. In einer Gesellschafterversammlung Anfang Juli werden die Grundsatzentscheidungen getroffen und danach die drei Stadträte und der Kreistag mit dem Thema befasst.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 11

Gegenstand: Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Schülerbeförderung
Vorlage: 0246/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig die vorgelegte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Speyer über die Schülerbeförderung.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

**Gegenstand: I. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 "Rudersport Reffenthal" und Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 072 "Rudersport Reffenthal" hier: Aufstellungsbeschlüsse
Vorlage: 0270/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

1. Der Rat der Stadt Speyer beschließt für den im beigelegten Plan dargestellten Bereich nördlich des Siedlungskörpers auf dem Bundeswehrgelände der Kurpfalz-Kaserne Speyer, Wasserübungsplatz Reffenthal, im Bereich des Angelhofer Altrheins gemäß § 2 BauGB die Aufstellung eines Änderungsplanes zum Flächennutzungsplan (I. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 „Rudersport Reffenthal“). Die Abgrenzung des Plangebietes ist im beigelegten Plan dargestellt.
2. Der Rat der Stadt Speyer beschließt, das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 072 „Rudersport Reffenthal“ einzuleiten. Das Plangebiet wird dem beigelegten Lageplan entsprechend begrenzt.

Gegenstand: Strategie zur Förderung des Radverkehrs in Speyer
Vorlage: 0258/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny moniert, dass die Ratsvorlage nicht der Beschlusslage des Ausschusses für Umwelt und Verkehr entspricht. Dort gefasste Änderungen sind in die Vorlage nicht eingearbeitet. Dies hängt nach Aussage der Verwaltung mit den Vorlaufzeiten des Versandes zusammen. Zur Abstimmung steht heute natürlich die vom Ausschuss empfohlene Fassung.

Herr Czerny beantragt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zusätzlich die Aufnahme eines weiteren Spiegelstrichs bei den Zielformulierungen auf Seite 7 des Konzeptes.

Frau Münch-Weinmann weist darauf hin, dass der Grünen-Antrag zur Förderung der autofreien Mobilität im Ausschuss für Umwelt und Verkehr mehrheitlich abgelehnt wurde. Er sollte daher aus der Auflistung in der Anlage 1 zur Vorlage gestrichen werden, da sonst möglicherweise der Eindruck einer falschen Beschlusslage entstehen könnte.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die Annahme der als Anlage beigelegte Strategie zur Förderung des Radverkehrs in Speyer im Sinne eines künftigen Radverkehrskonzeptes für Speyer mit den vom Ausschuss für Umwelt und Verkehr beschlossenen Änderungen. Die Realisierung des Radverkehrskonzeptes steht unter Finanzierungsvorbehalt.

In die Zielvorstellungen und Leitlinien der Radverkehrsplanung (Seite 7) wird auf Anregung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgender zusätzlicher Spiegelstrich als Ziel aufgenommen:

- Förderung der Bewegung und Motorik bei Jugendlichen

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 14

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der WES -
Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Speyer mbH
(WES) und Ergebnisverwendung
Vorlage: 0276/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2009 und die Ergebnisverwendung der WES GmbH zustimmend zur Kenntnis (einstimmig).

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 15

Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Stadtwerke Speyer GmbH - Verwendung des Jahresergebnisses 2009 der Stadtwerke Speyer GmbH
Vorlage: 0294/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2009 und die Ergebnisverwendung der SWS GmbH zustimmend zur Kenntnis (einstimmig).

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

**Gegenstand: Feststellung des Jahresabschlusses 2009 der Gemeinnützigen
Wohnungsbaugesellschaft Speyer GmbH (GEWO) und
Ergebnisverwendung
Vorlage: 0299/2010**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Knutas fragt in diesem Zusammenhang hinsichtlich des Einbaues eines Aufzuges im Haus der Vereine, ob dafür Mittel im Wirtschaftsplan eingestellt wurden. Nach Auskunft des Vorsitzenden ist der Auftrag durch die GEWO an die Fa. Schmidt, Ingelheim, erteilt. Die Kosten belaufen sich auf rund 100.000 €, die durch das Treuhandkonto finanziert werden. Die Realisierung erfolgt voraussichtlich im Oktober.

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt den Jahresabschluss 2009 und die Ergebnisverwendung der GEWO GmbH zustimmend zur Kenntnis (einstimmig).

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: Umbenennung der Klosterschule
Vorlage: 0247/2010

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses beschließt der Stadtrat einstimmig, den Namen der bisherigen Klosterschule zu ändern. Die Schule trägt künftig den Namen „Salierschule“.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0277/2010

Die Vorlage und die ergänzende Tischvorlage sind dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen

1. Auf Vorschlag des Schulträgerausschusses:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Schulträgerausschuss (16.)	beratende Mitglieder: Schulen - Elternschaft (unverändert)	neu: Petra Doser Ahornweg 6 67346 Speyer

2. Auf Vorschlag des Fachbereiches 4:

Gremium	Mitglied	Stellvertreter(in)
Jugendhilfeausschuss (12)	beratende Mitglieder: neu: Claudia Völcker Leiterin des Fachbereichs Jugend, Familie, Senioren und Soziales (ab 01.08.2010) für: Ernst Fuchs	(unverändert)

3. Auf Vorschlag der SWG-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Bau- und Planungsausschuss (6.)	(unverändert)	neu: Rainer Tochtermann für: Alexander Bechmann

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter(in):
Sportausschuss (21.)	neu: Hans Peter Steigleiter Trifelsstraße 18 für: Alexander Bechmann	(unverändert)
Sportstättenbeirat (22.)	neu: Hans Peter Steigleiter Trifelsstraße 18 für: Alexander Bechmann	(unverändert)

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19

Gegenstand: Ermächtigung des Haupt- und Stiftungsausschusses während der Sommerpause

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt den Haupt- und Stiftungsausschuss einstimmig, wichtige Entscheidungen, die dem Rat vorbehalten sind, während der Sommerferien vom 05.07.2010 bis zum 13.08.2010 an Stelle des Rates zu treffen.

8. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 29.06.2010

8. Sitzung des Stadtrates 29.06.2010 **Werner Schineller**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!